

Fraktionspapier EFDD/ENF

Name: Europa der Freiheit und der direkten Demokratie

Größe: 11% der Sitze im Europäischen Parlament, 82 Abgeordnete

Internetseite: www.efdgroupp.eu

- 5 Aufgrund ihrer großen Heterogenität und dem hohen Stellenwert nationaler Interessen, herrscht innerhalb der EFDD/ENF-Fraktion nur ein geringes Maß an Fraktionsdisziplin. (In der Realität sind EFDD und ENF zwei getrennte Fraktionen im Europäischen Parlament; bei der SIMEP Hessen sind deren Abgeordnete zu einer Fraktion zusammengefasst.)

10 Grundüberzeugungen

Den Prinzipien von Freiheit, Demokratie und europäischer Zusammenarbeit verpflichtet, stehen wir für ein offenes und demokratisches Europa ein.

- Wir sind überzeugt, dass alle Souveränität vom Volk ausgeht, und deshalb sind die Nationalstaaten das einzig angemessene Level demokratischer Legitimation. Des Weiteren befürworten wir direkte Demokratie als bestmögliche Beteiligungsform des Bürgers.

- Da die Europäische Union in ihrem gegenwärtigen Zustand ein Demokratiedefizit hat, sprechen wir uns gegen eine weitere politische Integration innerhalb Europas aus, die den Staaten Europas weiter ihre Souveränität rauben würde. Die Europaabgeordneten des Pro-EU-Mainstreams besitzen nicht die Fähigkeit, die EU-Bürger richtig zu vertreten. Deshalb fordern wir vor künftigen Veränderungen der EU-Verträge Volksabstimmungen in allen Mitgliedstaaten.

- In der EU der 28 Nationalstaaten sehen wir keine dem Nationalstaat vergleichbare Verbundenheit oder gemeinsame Identität. Wir befürchten, dass in der gegenwärtigen Entwicklung der EU die nationalen Traditionen und Werte der Mitgliedsstaaten ausradiert werden. Die anhaltende europäische Gleichmacherei muss gestoppt werden! Stattdessen befürworten wir die Pflege und den Schutz nationaler Eigenheiten vor fremden Einflüssen. Außerdem sind wir der Auffassung, dass in der EU ein grassierender Bürokratisierungswahn herrscht und die EU einen ausufernden Einfluss auf die lokale Ebene innehat.

Mit der Errichtung eines zentralistischen europäischen Superstaats werden die Interessen der Bürger ignoriert und Entscheidungen ohne Beteiligung der Bürger getroffen.



35 Die EFDD/ENF fühlt sich berufen, die nationalen Interessen, insbesondere die Interessen des Bürgers im Parlament zu vertreten.

Terrorismusbekämpfung

40 Der Kampf gegen den Terrorismus stellt eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Zeit dar. Innerhalb unserer Fraktion besteht die feste Überzeugung, dass dieser Herausforderung nur mit dem Schließen der nationalen Grenzen begegnet werden kann.

Terrorismus heute ist ein transnationales Phänomen. Nur mit der Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität und der Abschaffung des unsäglichen Schengenabkommens kann eine weitere Katastrophe verhindert werden.

45 Unbestreitbar ist der Anstieg des islamistischen Terrors innerhalb der letzten Jahre. Dazu hat jedoch auch die katastrophale und unverantwortliche Politik aus Brüssel ihren Teil beigetragen. Das Öffnen der Grenzen und der massenhafte Ansturm an Flüchtlingen wurde durch die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen nach Brüssel begünstigt, da diese staatliche Selbsthilfe, welche einfach in Form von Grenzsicherungen hätte erfolgen können, verhindert hat. In der Folge kam es aufgrund der Handlungsfähigkeit und der
50 Bürokratie in Brüssel zu politischem Stillstand und Masseneinwanderungen, deren Folgen die EU-Mitgliedstaaten noch viele Jahre belasten werden.

Gerade der im Rahmen der aktuellen Flüchtlingskrise in Europa zu beobachtende Anstieg an terroristischen Anschlägen beweist, dass die Brüsseler Bürokratie versagt hat und wir die Kontrolle über unsere Grenzen wieder in die Hände der europäischen
55 Bevölkerung, sprich der Nationalstaaten legen müssen. Denn die beste Antiterrormethode sind sichere Grenzen.

Polizei und Geheimdienste

60 Eine Zusammenarbeit nationaler Geheimdienste ist in unseren Augen in der heutigen Zeit angesichts der zunehmenden Gefahr durch dezentral organisierte, international agierende Verbrecher- und Terrororganisation unvermeidlich. Eine Zusammenarbeit der Geheimdienste kann jedoch nur ohne weitere Kontrolle durch supranationale Organisationen erfolgen. Die Abgabe weiterer nationalstaatlicher Kompetenzen zur Förderung und Stärkung europäischer Institutionen und den damit einhergehenden Verlust nationaler Souveränität, lehnen wir deshalb ab.